

Der Weg zur Industriegesellschaft: Baden und Waldshut im Deutschen Bund.

von Jürgen Bödeker

A. Pauperismus: „fortdauerndes Verhungern“

Der Wiener Kongress hatte für Baden und Waldshut keine Erneuerung des Kaiserreiches gebracht, aber auch keinen nationalen Bundesstaat. Im Rahmen der Friedensverhandlungen 1815 in Wien wurden die deutschen Einzelstaaten im Deutschen Bund vereinigt. Er bestand bis 1866 und Baden trat ihm bereits 1815 bei. In Metternichs Absicht lag es, diesen Bund zu einem Instrument der Restauration zu machen. Österreich hatte sich zwar aus dem deutschen Südwesten zurückgezogen, behielt aber Preußen gegenüber in den Klein- und Mittelstaaten einen dominierenden Einfluss (22). Unter der Bevormundung durch diese beiden Großmächte besaß der Bund keine Exekutive und kein oberstes Gericht. Zur Realisierung seiner Beschlüsse war die Umsetzung in den praktisch souveränen Einzelstaaten erforderlich. Ein Austritt war nicht möglich (10). In den Kriegsjahren zuvor war allerdings unter französischem Einfluss in Baden eine Verfassungsordnung geschaffen worden, die das Zusammengehörigkeitsgefühl zwischen seinen alten und neuen Landesteilen fördern sollte. Die vorangegangenen Kriege hatten das Großherzogtum zahlungsunfähig gemacht. Den Bürgern mussten drückende Steuererhöhungen zugemutet werden. Eine Verfassung mit mehr Freiheitsrechten für die Bürger konnte da nur dienlich sein. Die Verfassung Badens von 1818 räumte ihnen Grundrechte wie Gleichheit vor dem Gesetz, unabhängige Gerichte, Schutz vor willkürlicher Verhaftung, Aufhebung noch bestehender Grundlasten und Dienstpflichten der Bauern, Abschaffung der Privilegien bei der Besetzung ziviler und militärischer Ämter, Freiheit des Eigentums, Gewissensfreiheit, freie Religionsausübung und unterschiedslose Steuerpflicht ein (5). Diese staatsbürgerlichen Rechte gingen später in die Frankfurter Reichsverfassung von 1849 ein und erweckten bereits früh nationalstaatliche Bestrebungen. Obwohl vom Wiener Kongress gefordert, hielten sich die deutschen Großmächte mit einer vergleichbaren Verfassungsumsetzung zurück. Der Reformeifer erlahmte und machte rückwärtsgewandtem Gedankengut Platz (10).

Allmählich verminderte sich die Distanz der Waldshuter Bevölkerung zum Großherzogtum. Einen wesentlichen Beitrag dazu lieferte eben diese Verfassung von 1818, vor allem bei liberal gesinnten Bürgern (26). Die Weltanschauung eines Liberalen orientierte sich damals an den Ideen der Aufklärung, der Autonomie des Individuums und am Rechts- und Verfassungsstaat (5). Die Verfassung sah zwei Kammern vor. In der Ersten Kammer saßen die noch privilegierten Stände, nämlich Adel, Kirchen und Hochschulen, in der Zweiten Kammer die Volksvertreter. Mit Mathias Föhrenbach, dem damaligen Oberamtmann in Waldshut, saß ein einflussreicher Vertreter der Region in der Ersten Kammer. 1822 wurde er sogar Präsident der Zweiten Kammer. Die Kammern konnten zwar keine Gesetze beschließen, aber Eingriffe in die bürgerlichen Rechte verhindern. K. v. Rotteck sah in der Verfassung von 1818 „die Geburtsurkunde des badischen Volkes“ (8).

Kleinbauern und Handwerker waren zu dieser Zeit die stärkste Gruppe in der badischen Erwerbsbevölkerung. In Waldshut gab es zusätzlich noch eine Reihe kleingewerblicher Betriebe. Fabrikunternehmen waren noch rar. Der sich kontinuierlich entwickelnden staatlichen Einheit in Baden lief die wirtschaftliche Entwicklung hinterher (28). Das Bevölkerungswachstum dagegen hatte

sich schon seit den Kriegsjahren beschleunigt. Neben dem Gebietszuwachs war dafür die Anziehungskraft der noch erhaltenen Allmende in Baden verantwortlich, die häufig der Altersvorsorge diente (7). Allmende war Eigentum der Gemeinde an Liegenschaften, die ihre Mitglieder oft kostenlos und lebenslang nutzen konnten. 1812 lebten in Baden rund eine Million Menschen. 1817 waren es trotz Krieg, Hungertoten und Auswanderung rund Zehntausend mehr (4). Überbevölkerung, Kriegslasten und Steuererhöhungen hatten in den bereits zuvor dichtbesiedelten Gebieten zu wachsender Armut beigetragen, als 1816 die Landwirtschaft einen erheblichen Einbruch erlebte. Im April 1815 kam es auf der indonesischen Insel Sumbawa zum Ausbruch des Vulkans Tambora. Seine Aschewolke bescherte auch dem südlichen Baden 1816 ein „Jahr ohne Sommer“ (4). Von Mai bis Oktober regnete es rund 100 Tage, in den Schwarzwaldhöhen blieb der Schnee liegen. Die mittlere Jahrestemperatur in Karlsruhe sank um 3 Grad Celsius. Das Heu verfaulte, erst Ende September konnte Brotgetreide in nur kleinen Mengen und schlechtem Zustand, aber gerade noch vor dem verfrühten Wintereinbruch, geerntet werden. Der Getreidepreis stieg um das Fünffache. Auch die Fleischpreise zogen deutlich an. Unter- und Mittelschicht der Bevölkerung hatten am stärksten zu leiden, ganz besonders im Schwarzwald (4). Tausende verhungerten, Krankheiten verschlimmerten die Lage der geschwächten Menschen. Verspätet reagierte die badische Regierung und stellte im November 1816 Geldbeträge bereit. Städtische Almosenfonds, kirchliche und weltliche Stiftungen durften beansprucht werden. Getreide- und Viehausfuhren wurden gesperrt oder erschwert, Korn in Holland gekauft, Suppenküchen eingerichtet, Bittgottesdienste abgehalten (4). Im März 1817 kam es erneut zu einem Unwetter. Neckar und Rhein verursachten erhebliche Überschwemmungen, vielerorts wurde die Ernte erneut vernichtet. Wo eine Ernte eingebracht werden konnte, fanden Dankgebete und Prozessionen statt. Josef Valentin, Pfarrer in Hardheim, sah in den Missernten eine göttliche Züchtigung, aber in der gelungenen Einbringung einer Ernte auch eine himmlische Errettung vom Hungertod (2).

B. „Mich hat niemand wollen lösen mit meiner großen Schuld, sammt meinen Kindern, jetzt aber kamen 2 Kaufherren von Baldimor und wollen meine 2 Buben“ (7).

Überbevölkerung, Ernteausfall, Realerbrechtsrecht und Hungersnot lösten 1816/17 die erste badische Auswanderungswelle aus. Im Mai 1817 zählte man in Baden 16.361 legale Auswanderer nach Amerika, eine bis dahin unbekannt hohe Zahl (7). Der ratlosen Regierung kam es nicht unpassend, Teile der Überbevölkerung und Arme loszuwerden (7). Der Rhein stellte die bevorzugte Verkehrsader für die Auswanderer dar, erreichte man doch so die holländischen Überseehäfen am unkompliziertesten. Zeitweilig soll ein Schweizer Schiffsmeister eine kostenlose Beförderung angeboten haben, um sich die Kosten vom Überseekapitän erstatten zu lassen, der seinerseits personenbezogene Schuldscheine ausstellte, um sie in Amerika an Interessenten zu verkaufen. Der zumeist ahnungslose Auswanderer musste dann für wenig Lohn diese Schuldscheine auslösen, vorausgesetzt er fand überhaupt einen Interessenten. Seine Verzweiflung in dieser Situation schilderte der Emmendinger Ch. Weis, der im Winter 1816 mit seiner Familie auswanderte (s. o.). Je nach Vermögen konnte das Privatkapital schon vor der Überfahrt verbraucht sein, da auf die Schiffspassage bis zu drei Monate gewartet werden musste. Dann kehrte man als Armer in die Heimatgemeinde zurück und hatte Glück, wenn man im Armenhaus unterkommen konnte (7). Ein solches System richtete sich selbst zu Grunde und in der Folge war die Passage vorzufinanzieren. Man musste vermögend sein oder vermögende Verwandte haben, um den Weg nach Übersee antreten zu können.

C. „Dieses war wahrhaftig die Zeit der Noth“ (18).

Das Leben in Waldshut zu dieser Zeit war zwar durch Markt und Handel geprägt, aber M. V. Miltenberger weist darauf hin, dass sechzig Prozent der Haushalte auf agrarischen Nebenerwerb angewiesen waren (18). „Das Jahr ohne Sommer“ brachte viele dieser Haushalte in Not, verstärkte aber auch den Niedergang der Märkte, die sich von ihrem Einbruch während der Typhusepidemie noch nicht erholt hatten. Die Preise für Lebensmittel, vor allem für Getreide und Brot, stiegen steil an. Das Hochwasser des Rheins 1817 verschlimmerte die Lage weiter. Mehr als die Hälfte der Waldshuter Familien mussten mit Getreide unterstützt werden, das aus Notreserven der Regierung bereitgestellt wurde. In diesen harten Jahren galt weiterhin die Verordnung gegen Bettel und Müßiggang aus dem Jahr 1810. Sie enthielt u.a. die Verpflichtung, arbeitsunfähige Arme aus vorhandenen Stiftungsmitteln oder, falls nicht möglich, aus der Gemeindekasse zu unterstützen (24). Dabei galt, wie im badischen Armenwesen festgelegt, das Heimatprinzip. Je nach Leistungsfähigkeit der lokalen Stiftungen und Gemeindekassen kam es zu einer uneinheitlichen Armenpflege in Baden. In Waldshut gab es damals zwei weltliche Stiftungen, den Spital- und den Almosenfonds (11). Der damalige Stadtpfarrer Sohm hielt fest: „Das Spitalvermögen ist sehr beträchtlich, und ein solcher Fonds verdient und erfordert in Hinsicht der Unterstützung und der damit verbundenen Moralität wahrhaft Armer eine beständige und genaue Aufsicht der geistlichen sowohl als weltlichen Ortsbehörden“ (13). So kam es dann auch. Um den Spitalfonds unversehrt zu erhalten und ihn von „stiftungswidrigen Lasten“ zu befreien, wurde das Spitalvermögen 1820 durch die Regierung neu geordnet. Stadtpfarrer, Bürgermeister und drei gewählte katholische Personen hatten als Vorstand das Vermögen verantwortlich zu verwalten (25). Das Spital kümmerte sich um Arme und Kranke, war aber auch Heim für Pfründner und Waisenkinder (11). Der Spitalfonds trug die Kosten für die untergebrachten Kranken, die ortsarmen Almosenempfänger und Kinder. Die Gemeindekasse hatte für die Armen außerhalb des Spitals zu sorgen. Der städtische Almosenfonds aber war praktisch mittellos. Daher sollten von der Kreisregierung angeordnete Kollekten bei witterungsbedingten Notlagen zur Linderung beitragen (11). Die schon unter österreichischer Herrschaft eingeleitete Vereinigung des Sammlungs-, Leprosen- und Hausarmenfonds mit dem Spitalfonds wurde weiter verfolgt und 1827 vollzogen.

D. „Pauperismus ist da vorhanden, wo eine zahlreiche Volksklasse sich durch die angestrengteste Arbeit höchstens das notdürftigste Auskommen verdienen kann...“ (3).

Die aufkommende Massenarmut, der Pauperismus, hatte in Baden seine Ursache nicht nur im Bevölkerungswachstum und den Missernten. Das Realerbteilungsrecht hatte zu einer landarmen Unterschicht beigetragen. Wo die geschlossene Vererbung galt, stieg die Zahl der Landlosen (6). Das Handwerk war überbesetzt, die Zahl der Ein-Mann-Betriebe zu hoch. Nachrückende Gesellen konnten nicht aufsteigen, es drohte der Abstieg in die zunftlose Unterschicht der Tagelöhner und Fabrikarbeiter (4). Drei Viertel der badischen Bevölkerung lebten in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts noch von der Landwirtschaft. In Südbaden entstanden frühzeitig, aber zaghaft, Ansätze einer Industrialisierung. Von Frankreich beeinflusst war bereits 1752 in Lörrach eine Indiennefabrik gebaut worden, die eine künstlerische Bemalung von Baumwollstoffen zum Schwerpunkt hatte. 1809 gründete der technisch begabte J. G. Bodmer trotz starker Widerstände im leerstehenden Kloster St. Blasien eine Maschinenwerkstatt, später eine Weberei und Gewehrfabrik (28). In Waldshut nahm der Mühlsteinbergbau einen Aufschwung und bescherte den v. Kilians und der Stadt erfreuliche

Gewinne (18). Insgesamt entwickelte sich die Industrie im Süden Badens, anders als im Norden, noch so schwach, dass althergebrachte Strukturen im Handwerk, der Landwirtschaft und im Handel fortbestanden (18). Neben den unterbezahlten Lohnarbeitern galten Arbeitslose, Alte, Kranke, Witwen und Kinder als besonders armutsgefährdet. Dazu kamen nun berufs- und mittellose, nachgeborene Söhne und Töchter aus unterbürgerlichen und verarmten bäuerlichen Schichten (10). Das Leben dieser Menschen wurde als ein „fortdauerndes Verhungern“ beschrieben (15).

Nach den Hunger- und Teuerungsjahren 1816/17 konnte sich die Landwirtschaft erholen. Acker- und Tierproduktion stiegen um die Hälfte (4). Dreifelderwirtschaft und ganzjährige Stallhaltung trugen dazu bei. Es gab staatliche Förderungen und eine Kultivierung von Ödland. Eine neue Agrarverfassung befreite die Bauern von Altlasten (4). Die Erholung währte bis 1830. Die Überbevölkerung hatte eine Überzahl unterbezahlter Landarbeiter zur Folge. Die zahlreichen Kleinbauernstellen im Süden Badens konnten ihre Familien nicht mehr ernähren. Kinderarbeit war ein Ausweg. Sehr bekannt ist das Schicksal der Hüte- oder Schwabenkinder. Bauern aus gebirgigen Regionen schickten ihre Kinder nicht in die Schule, sondern während des Sommerhalbjahrs über Pässe hinweg in die fruchtbarere Bodenseeregion, wo sie auf Kindermärkten zur Arbeit angeboten wurden. Erst im Herbst kehrten sie neu eingekleidet und mit einem spärlichen Verdienst nach Hause zurück (4). Alternativ konnten Kinder in der Textilindustrie arbeiten und den Lebensunterhalt der Familie stützen. Unter den 809 Beschäftigten, die 1816 in dem von J. G. Bodmer in St. Blasien gegründeten Betrieb arbeiteten, waren auch Kinder und Jugendliche. Sie waren in Räumen des Klosters untergebracht (28). Die Arbeitszeit der Erwachsenen betrug 15 Stunden pro Tag, für Kinder nicht ganz so viel, da sie abends noch Schulunterricht hatten. Widerstand dagegen gab es nicht, nein, der Staat gewährte dem Betrieb Steuer- und Zollbefreiung. Die Fabrik bestand noch ein Vierteljahrhundert lang fort.

In den beiden ersten Jahrzehnten des 19. Jahrhunderts wurde das Armenwesen als eine Aufgabe des Staates angesehen. Für den südbadischen, katholischen Raum wurde eine Verordnung aus dem Jahr 1820 bedeutsam. Sie schrieb die Verwaltung der weltlichen und katholischen Stiftungen und somit auch der alten Spitalstiftungen fest. Alle wurden einem Stiftungsvorstand unterstellt, dessen Vorsitz der Pfarrer hatte. Weiter gehörten ihm der katholische Bürgermeister und vier bis sechs katholische Bürger an, die von der Pfarrgemeinde gewählt wurden. In Südbaden überstiegen die Stiftungsmittel die Armenkasse der Gemeinde um ein Vielfaches (24). Der Pfarrer hatte damit entscheidenden Einfluss auf die Armenfürsorge. Erst fünfzig Jahre später wurden die Spitalstiftungen per Gesetz zu einer bürgerlichen Einrichtung. Not und Teuerung im zweiten Jahrzehnt bewogen Teile der Bürgerschaft Wohltätigkeitsvereine zu gründen, dort wo die staatliche Verwaltung der Probleme nicht Herr wurde. Die Bürger sahen diese Hilfe als eine gesellschaftliche Pflicht an, die nur vorübergehend wirksam sein sollte, aber dennoch der obrigkeitlichen Genehmigung bedurfte (11). Warum diese behördliche Genehmigung für den Dienst am notleidenden Nächsten?

E. „Im Namen der heiligen und unteilbaren Dreieinigkeit“ (10).

Ende September 1815 war in Paris zwischen Österreich, Preußen und Russland die „Heilige Allianz“ gegründet worden. Neben der Friedenssicherung sollte sie die absolute Fürstenherrschaft und deren Gottesgnadentum gewährleisten. „In Gemäßheit der Worte der Heiligen Schrift, welche allen Menschen befiehlt, sich als Brüder zu betrachten, werden die drei Monarchen vereinigt bleiben durch die Bande einer wahren und unauflöselichen Brüderlichkeit...“, ist im Artikel 1 des Vertrages zu lesen (10). Unter dem Eindruck der Forderungen nach Verfassungen und Mitsprache durch das

zunehmend aufgeklärte Bildungs- und Besitzbürgertum entwickelte sich die Heilige Allianz schnell zu einem Instrument der Restauration. Als Mitglied des Deutschen Bundes gehörte auch Baden der Allianz an. In dieser Zeit aufkommender National- und Freiheitsbewegungen war die Ermordung des Dichters Kotzebue in Mannheim der Anlass, 1819 in den Karlsbader Beschlüssen die Pressefreiheit einzuschränken, die Selbstverwaltung und freie Lehre an den Universitäten zu beschneiden und Verbindungen und Vereine auf revolutionäre Umtriebe hin zu überwachen. Wohltätigkeitsvereine waren da keine Ausnahme, auch wenn sie unter dem Patronat der Großherzogin Stephanie standen (10). Die an Nächstenliebe orientierten Mitglieder der Vereine und die Überwachungsbehörden beriefen sich zwar auf ihr christliches Fundament, der Umgang mit den Armen wies jedoch eine ernüchternde Distanz auf. Politisch waren die Zwanzigerjahre geprägt vom Willen des Großherzogs Ludwig, den Einfluss des Landtags und des Liberalismus in Baden zurückzudrängen. Ludwig scheute dabei vor Wahlmanipulationen nicht zurück, um die bestehende Verfassung zu seinen Gunsten zu ändern (5). Die Heilige Allianz war im Zerschlagen von nationalen und liberalen Bestrebungen in Italien und Spanien zunächst erfolgreich, zerbrach aber letztlich am griechischen Freiheitskampf gegen die Osmanen. Österreichische und russische Interessen gingen auf dem Balkan zu weit auseinander.

Baden war zwar weiterhin von Finanznot geprägt, aber der Großherzog bemühte sich, die durch das Bevölkerungswachstum und die Notjahre nach den Kriegen stark gewachsene Armut anzugehen. Schwerpunkte waren zunächst eine verbesserte Infrastruktur, die der Landwirtschaft und dem Handel Auftrieb geben sollte, darüberhinaus die Textilindustrie, Uhrenproduktion in Heimarbeit und eine bessere Gesundheitsvorsorge. Unter dem periodisch wiederkehrenden Hochwasser des Rheins hatte vor allem die Landwirtschaft zu leiden. Aber auch Siedlungen waren dort betroffen. Durch Begradigung des Flusses gelang es dem Oberlandesingenieur J. G. Tulla dieses Problem anzugehen und den Rhein zu einer Schiffshandelsstraße zu machen. Tausende Arbeiter fanden dadurch einen Lebensunterhalt. Der Handel zwischen Baden, der Schweiz und Frankreich nahm einen Aufschwung (4). Die Landwirtschaft erzielte bessere Ernten, die Wohnsituation in der Rheinebene verbesserte sich, endemisch auftretende Krankheiten wie Malaria, Typhus und Ruhr traten seltener auf. Produktionsbetriebe fanden geeignetere Standorte, siedelten sie sich doch bevorzugt an Flüssen an, um deren Wasserkraft zur Energiegewinnung zu nutzen. Spinnereien und Webereien waren dem Konkurrenzdruck aus England besonders ausgesetzt und auf günstige Energiebereitstellung angewiesen. Die Fachkräfte in diesen Betrieben sollten möglichst gehalten werden. Daher gründeten viele Betriebe Schulen für Arbeiterkinder, eigene Kranken- und Unterstützungskassen, zusätzlich Konsumvereine (4). Die Uhrenproduktion in Heimarbeit hatte ihren Schwerpunkt im holzreichen Hochschwarzwald um Neustadt. Aber auch die Glasproduktion nahm hier einen Aufschwung. Verleger und Spediteure organisierten den Export in ferne Länder. Eine weitere wichtige staatliche Aufgabe in dieser Zeit war die Verbesserung der allgemeinen Hygiene. Die überbelegten Wohnungen hatten schlechte sanitäre Bedingungen, das Trinkwasser war verschmutzt, die Abflurrinnen für das Abwasser mussten verbessert werden. Straßen, Plätze und Hofräume waren von Unrat zu reinigen. Auch dazu wurden Arbeitskräfte benötigt. Nur so konnten Tuberkulose und Darminfektionen, Krankheiten, unter denen bevorzugt Arme litten, vermindert werden (4). Vordringlich war auch die Verbesserung der Situation in den Spitälern, Armen- und Siechenhäusern, um den Krankheiten der Unterschicht Herr zu werden.

Waldshut war von solchen Neuerungen noch wenig betroffen. Man lebte vom Handwerk, welches den ortsbezogenen Bedarf abdeckte, von der Landwirtschaft und dem Handel (9). Zumindest dieser orientierte sich an der Grenznähe. Landwirtschaftliche Produkte konnten zu einem bevorzugten Zoll

in die Schweiz geliefert werden (9). Die Märkte in Waldshut litten unter mehreren Krisen. Unter den verschiedenen Märkten konnten sich der Vieh- und Weinmarkt am besten behaupten.

Kurz vor Beginn der Zwanzigerjahre mussten in Waldshut 144 Familien, das war in etwa die Einwohnerzahl der Kernstadt, mit Getreide unterstützt werden. Missernten und Teuerung hatten sie in die Armut getrieben (18). Hierin mag eine der Erklärungen zu suchen sein, warum sofort mit Erlass der Spitalordnung 1820 die badischen Behörden das Spitalvermögen in Waldshut neu ordneten. Wie oben ausgeführt waren nun Pfarrer, Bürgermeister und drei weitere Mitglieder dafür verantwortlich. 1821, als das Kapuzinerkloster aufgehoben wurde, beantragte die Stadt, die Von Rollsche Stiftung in das Spitalvermögen einfließen zu lassen. Franz Ludwig von Roll aus Bernau, gegenüber von Dogern, dort wo heute noch die 1672 erbaute Loretokapelle steht, und seine Frau Maria Agnes, Tochter des Waldvogts Max Jakob von Schönau, waren nach dessen Tod 1643 Förderer des Kapuzinerklosters. Die Geldspende betrug 1.000 Gulden. In diese Stiftung waren bis 1821 noch Gelder aus dem Kloster St. Blasien, vom Landgraf im Klettgau und von den Bürgern der Stadt eingeflossen. Absicht der Stadt war es, diese Gelder dem Spital für die Kranken und Armenpflege zukommen zu lassen. Die Mönche des Mitte des 17. Jahrhunderts gegründeten Klosters hatten Kranke und Sterbende im Spital betreut und dabei auch pflegerische Tätigkeiten übernommen. Die Kapuziner waren bekannt für eine vorbildliche Betreuung der Pestkranken. Wir müssen davon ausgehen, dass sie auch das Leprosenhaus betreut haben. Von Beginn an gehörte die Adelsfamilie von Schönau zu den Förderern des Klosters. Neben der Familie von Roll waren auch der Spitalfonds, die Pfarrei und die Stadt an Zuwendungen für das Kloster beteiligt. Die Schließung des Klosters war daher für das Spital eine zusätzliche pflegerische und finanzielle Belastung. Die badische Regierung lehnte 1821 die Vereinigung der Von Rollsche Stiftung mit dem Spitalfonds ab. Der Kanton Aargau hatte nämlich auch Ansprüche beim Land angemeldet. Nach jahrelangem Rechtsstreit einigte man sich in einem Vergleich (13).

Die Aufhebung des Kapuzinerklosters blieb verständlicherweise nicht ohne Auswirkung auf die Armen- und Krankenversorgung in der Stadt und auf das Spital. Sinn der Verwaltungsreform des Spitalfonds war es, stiftungswidrige Lasten auszuschließen. Selbst die Regierungsbehörden hatten sich nicht gescheut, Erträge des Spitals dem Schulfonds zukommen zu lassen. 1827 bestätigte die Regierung die bereits unter österreichischer Herrschaft eingeleitete Vereinigung des Sammlungs-, Leprosen- und Hausarmenfonds mit dem Spitalfonds (25). Um Ausgaben zu sparen, sollten die Armen nicht mehr mit Geld und Naturalien aus der Spitalstiftung unterstützt und in der Stadt belassen werden, sondern sie sollten im Spital zusammengeführt und ihre Arbeitskraft für die Textilproduktion genutzt werden. Die praktische Umsetzung gelang nur begrenzt.

Ab 1830 wurde auch wieder intensiv über einen Umbau des Spitals nachgedacht. Für die damalige Einstellung ist es bezeichnend, dass im neuen Spital auch ein zusätzliches polizeiliches Gefängnis eingerichtet werden sollte. Dort waren keine Kriminellen, sondern „arbeitscheue Bettler, Wahnsinnige etc.“ aufzunehmen (25). Ein Neubau war in Anbetracht des Spitalfondsvermögens nicht unrealistisch. 1831 betrug dessen Geldvermögen 24.000 Gulden. Setzen wir die heutige Kaufkraft an, so sind das etwa eine halbe Million Euro. Für die damaligen Liegenschaften des Fonds sind mehr als eine Million Euro anzusetzen (1 Gulden entspricht etwa 20 €). Im alten Spital gab es für Kranke nur ein einziges, dazu noch feuchtes Zimmer und auch die Pfründnerzimmer waren in schlechtem Zustand. Das umgebaute neue Spital sollte Räumlichkeiten für Pächter, Arme und Kranke haben. Die Umbaukosten wurden mit knapp einhunderttausend Euro festgesetzt (25), der Plan jedoch nicht realisiert. Das alte Spital könne seinen Zweck, nämlich „die Unterstützung der Armen in der hiesigen Stadt und dann die Verpflegung der Kranken, und zwar sowohl der hiesigen, als auch solcher, welche

auf der sogenannten Bettelfuhre hierher gebracht werden“ nicht mehr erfüllen. Weiter hieß es in der Eingabe des Stiftungsvorstandes an den zuständigen staatlichen Bezirksarzt: “Die Stadt zählt 1.200 Einwohner. Der Straßenbettel blüht sehr stark, Holzfrevel ist nicht selten. Im Spital ist Platz nur für fremde Kranke. Behandlungsbedürftige Einheimische bekommen die nötigen Arzneien bezahlt, jährlich 300 Gulden, dazu freie ärztliche Behandlung durch Waldshuter Ärzte. Ein Um- oder Ausbau des Spitals ist wegen der engbegrenzten Lage und der störenden Dungstätten nicht möglich. Nur ein Neubau an anderer Stelle, etwa im Baumgarten gegenüber dem Kapuzinerkloster, kann den Bedürfnissen gerecht werden“ (13). Ein Neubau sollte allerdings das Doppelte bis Dreifache eines Umbaus kosten. So kam erstmals der Gedanke auf, das ehemalige Kloster als Krankenhaus zu nutzen. Die Diskussion zog sich hin, der Stiftungsvorstand wollte das Stiftungsvermögen schonen und eine Lösung mit nur begrenzten Umbaumaßnahmen im Spital finden. Die staatlichen Behörden hielten das Spital aber für „ein non plus ultra von Schmutz und Unordnung“ (25). Es sollte noch gut ein Vierteljahrhundert dauern bis eine Lösung gefunden wurde.

F. „So ist denn das Elend unseres Vaterlandes zugleich der Fluch für ganz Europa“ (J. G. Wirth).

Die Periode der Restauration wurde 1830 jäh unterbrochen. Wegen seiner zunehmend absolutistischen Tendenz musste in Frankreich der König abdanken, Parlament und bürgerliches Wahlrecht wurden gestärkt. Das katholische Belgien spaltete sich von den protestantischen Niederlanden ab und stärkte die liberalen Einflüsse. Nationalliberale Aufstände in Italien mussten von Österreich gewaltsam niedergeschlagen werden. Polen erlebt einen Aufstand gegen den Zaren, der mit polnischen Truppen die Veränderungen in Frankreich und Belgien verhindern wollte. Die Heilige Allianz zerbrach. In den norddeutschen Ländern kam es zu Unruhen, in deren Folge Verfassungen eingeführt wurden. In Baden hatte Großherzog Ludwig liberale Strömungen erfolgreich eingedämmt und den Landtag mit ungesetzlichen Mitteln unter seine Kontrolle gebracht. Er starb 1830, als die Unruhen von Frankreich und den norddeutschen Staaten auf Baden überzugreifen drohten. Sein Nachfolger Leopold nahm Ende 1830 unter dem Einfluss der sich abzeichnenden liberalen Reformbestrebungen eine Regierungsumbildung vor, die zur Entlassung restaurativer Minister führte. Der 1831 gewählte Landtag hatte nun eine Mehrheit liberaler Abgeordneter. Dieser beschloss eine neue Gemeindeordnung, in der die kommunale Selbstverwaltung erheblich gestärkt wurde (5). In allen Gemeinden und Städten mit mehr als 3.000 Einwohnern konnten die Bürger nun an Kommunalwahlen teilnehmen. Das traf auch für Waldshut zu. Die Justizreform legte öffentliche Verfahren fest, die Trennung von Verwaltung und Justiz wurde vollzogen (5). Ein Pressegesetz musste zwischen den Forderungen Österreichs und des Landtags ausgleichen. Für innerbadische Angelegenheiten galt Pressefreiheit, außerbadische Meldungen wurden vorzensiert.

Die Erfolge der liberalen Bewegung in Baden und ihre Ausstrahlung auf die anderen Bundesstaaten gerieten 1832 in das Zwielficht des Hambacher Festes, eine Veranstaltung der National- und Freiheitsbewegung, die annähernd 30.000 Menschen anzog. In der Rede von August Wirth wurde von Verwüstung, Plünderung, Knebelung des Landes, das doch eine gemeinsame Sprache spricht, von Hunger, Jammer und Elend, verantwortet von 34 Potentaten und Raub durch verräterische Aristokratiefamilien gesprochen. Deutschland als „Wächter des Lichts, der Freiheit und der völkerrechtlichen Ordnung in Europa“ unterdrücke seine Berufung.“ So ist denn das Elend unseres Vaterlandes zugleich der Fluch für ganz Europa“ (10). Hauptschuldige seien Österreich und Preußen. Der Augenblick sei gekommen, da nicht mehr Aristokratiefamilien, sondern der Wille der Gesellschaft und die Bedürfnisse des Volkes öffentliche Angelegenheiten übernehmen sollten.

Solidaritätsbekundungen für die Unruhestaaten Polen, Ungarn, Italien, Spanien und Portugal beschlossen seine Ansprache. Die drohende Massenbasis und Radikalisierung der Opposition rief den Bundestag auf den Plan. Die Pressezensur wurde erneut verschärft, Zeitungen und oppositionelle Bewegungen verboten. Entsprechend den Karlsbader Beschlüssen wurden die Autonomierechte der einzelnen Bundesstaaten wieder eingeschränkt, das monarchische Prinzip festgeschrieben und die Einzelstaaten bei der Durchführung dieser Beschlüsse überwacht. Metternich hatte sich noch einmal durchgesetzt.

Waldshut konnte die 1831 beschlossene Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung nur Recht sein. Gerade in finanziellen Angelegenheiten wollte sich die Stadt nicht vom badischen Staat einengen lassen (26). Als zur Feier des hundertsten Geburtstags von Großherzog Karl Friedrich eine auf seinen Namen lautende Stiftung unterstützt werden sollte, stellte sich Waldshut dagegen. Baden wollte mit den Stiftungsgeldern einen allgemeinen Unterstützungsfonds für Schullehrer und den Bau einer kreiseigenen Gewerbeschule schaffen, Waldshut wollte die Gelder lieber dem ortseigenen Schulfonds zukommen lassen. Waldshut bezog sich dabei nicht auf die neue Gesetzgebung, sondern auf seine althergebrachte Selbständigkeit (26). Die Stadt blieb auch nicht unberührt von den Unruhen in den Nachbarländern. Während der Aufstände in Polen waren zahlreiche Adlige nach Deutschland geflüchtet, auch nach Waldshut. Hier fanden sie trotz schwerer Zeiten freundliche Aufnahme (21). H. J. Wörner weist in seinem Rückblick auf die Baugeschichte Waldshuts darauf hin, dass die Zeit um 1830 zu einem regen Umbau der Stadt führte. Die Häuser der Hauptstraße wurden in den heutigen baulichen Bestand gebracht. Wörner versucht auch eine Antwort auf die Frage zu finden, wie das in einer schwierigen Zeit möglich war. Der Aufstieg des Bürgertums schuf eine eigenständige Baukultur und ersetzte den vom Adel jahrhundertlang geprägten Baustil (29). Die neue Gemeindeordnung sah vor, dass Adlige ihre Steuerbefreiung gegenüber den Gemeinden verloren, sie mussten nun ein Drittel der Gemeindelasten übernehmen (6). Außerdem war es in Baden nach 1830 zu einer kurzen wirtschaftlichen Erholung gekommen (28). Als nach dem Hambacher Fest die Zügel wieder angezogen wurden, hatten auch die Zünfte und die Waldshuter Junggesellschaft darunter zu leiden (21). So wie die grundherrschaftlichen Rechte in der Landwirtschaft und die Schutzzölle im internationalen Handel behindere das Zunftwesen im Handwerk die Entwicklung einer freieren Marktwirtschaft, war die Argumentation der Regierung. Die Zünfte galten als Hauptgegner einer Gewerbefreiheit. Eine freie Marktwirtschaft wurde von Vielen als Vorbedingung für eine erfolgreiche Armutsbekämpfung angesehen. Andere wollten eine solche Argumentation nur für wirtschaftlich und industriell hoch entwickelte Regionen gelten lassen. Für noch weniger fortgeschrittene Regionen, wie es Waldshut war, wurde mehr Protektionismus gefordert. Eine bessere Qualifikation der Arbeiterschaft galt hier als vordringlich. Auch der spätere Mainzer Bischof von Ketteler lehnte eine zu freie Marktwirtschaft ab, sah das Zunftwesen aber kritisch, da es eine gesunde wirtschaftliche Konkurrenz verhindere. Die katholische Kirche solle sich auf die Armenfürsorge konzentrieren und die Arbeiter zu moralischem und religiösem Lebenswandel anhalten. In Südbaden kontrollierte der Staat weiterhin die katholische Kirche. Der Pfarrer hatte in der nicht zu trennenden kommunalen, kirchlichen und privaten Armenfürsorge Verwaltungsaufgaben zu leisten. Nach katholischer Vorstellung hatte er eine Vorbildfunktion, die sich in großzügigen Armenkollekten und dem Aufbau von bürgerlichen Wohltätigkeitsvereinen äußern sollte (24).

G. „Da der Gewinn der Fabrikindustrie vorzugsweise nur den Unternehmern und Kapitalisten zuströmt“ (F. J. Buß)

Die sich entwickelnde freie Marktwirtschaft strebte Handelsfreiheit an. Neben der Gewerbefreiheit waren dafür die Aufhebung der Einfuhrbeschränkungen und die Abschaffung der Zölle erforderlich. Bereits 1819 hatte der Tübinger Ökonom Friedrich List ein Schutzzollsystem für das Gebiet des Deutschen Bundes gefordert (10). 1828 ergriff Preußen die Initiative. Aus machtpolitischen Gründen versuchte Österreich mit dem Mitteldeutschen Zollverein, der nur von 1828 bis 1834 Bestand hatte, das Bündnis um Preußen zu schwächen. In einer umkämpften Abstimmung entschied die Zweite Kammer des badischen Landtags 1835 dem von Preußen gegründeten Zollverein beizutreten (10).

Das Bündnis mit Preußen verfolgte neben wirtschaftlichen auch nationalpolitische Interessen. F. v. Motz, Finanzminister in Preußen, äußerte sich bereits 1829 in diesem Sinne: „..., dass Einigung dieser Staaten zu einem Zoll- und Handelsverbände zugleich Einigung zu einem und demselben politischen System mit sich führt“ (10). Einflüsse des einheitlichen politischen Systems bedeuteten für Baden zunächst eine erneute Verschärfung des konservativen Kurses. Die liberalen Kräfte sollten geschwächt werden. Das kommunale Wahlrecht wurde geändert. Gemeinderäte und Bürgermeister sollten nicht mehr direkt, sondern indirekt von einem Bürgerausschuss gewählt werden, der nach dem Steueraufkommen zusammengesetzt war (5). Allgemein verstärkte sich die Ansicht, dass nicht Gewerbefreiheit, Bildung und wirtschaftlicher Fortschritt die Armut bekämpfen konnten, sondern man wollte die Armen durch Heiratsverbot, Privilegien der Zünfte und Städte und durch Auswanderung isolieren und aus den Augen verlieren. „In unseren Tagen ist eine plötzliche Angst unter die Reichen gekommen, und sie möchten sich um jeden Preis gegen die Gefahr sichern, die sie von dem wachsenden Elend der Armen fürchten“, kritisierte der Philosophieprofessor F. Bühlau 1834 diese Einstellung (10). Da zur damaligen Zeit Notlagen noch überwiegend durch Krisen in der Landwirtschaft hervorgerufen waren, setzte Baden alles daran, der zunehmenden Armut mit einer Industrialisierung zu begegnen. Die Flusskorrektur des Rheins wurde fortgeführt. Eine geregelte Dampfschiffahrt wurde möglich und auf die angrenzenden Länder ausgedehnt. Durch den Beitritt zum Deutschen Zollverein nahm die Textilindustrie einen Aufschwung. Der Eisenbahnbau schuf einen zusätzlichen Beschäftigungsschub. 1840 wurde die Strecke Heidelberg-Mannheim eröffnet, die bis Basel und Waldshut fortgeführt wurde (28). Unter den 1,2 Millionen Einwohnern gab es um 1830 dreitausendeinhundert Fabrikarbeiter, zehn Jahre später waren es gut zehntausend Arbeiter mehr. Das war ein rasanter Anstieg, der mit erheblichen Belastungen für die Betroffenen verbunden war. In seiner Fabrikrede von 1837 machte F. J. Buß den badischen Landtag auf die Missstände aufmerksam (4). Er kritisierte die Existenzunsicherheit, die Gesundheitsstörungen, die Arbeitszeiten von bis zu 16 Stunden, die geringen Löhne und die Gewinnausschüttung lediglich an Unternehmer und Kapitalisten. Seine Forderungen setzten an diesen Missständen an: die Arbeitszeiten sollten lediglich 14 Stunden pro Tag betragen, für Kinder im Sommer wegen zusätzliche Schulpflicht 8 Stunden, ein vierteljährlicher Kündigungsschutz, eine Gewinnbeteiligung der Arbeiter und deren ärztliche Betreuung. Gewerbefreiheit, Bildung und Sparkassenkredite sollten den Zustrom zur Fabrikarbeit eindämmen, eine Zentralbehörde sollte alles überwachen. Es war die erste sozialpolitische Rede in einem deutschen Parlament (4). Seine Rede fand keinen großen Widerhall, hatte er sich doch als Liberaler für Eingriffe des Staates stark gemacht.

Dass eine solche Überforderung der Arbeiter in den Dreißigerjahren noch protestlos hingenommen wurde, lag an der Armut, der Sorge vor Arbeitslosigkeit und der noch schlechteren Lage der Heimarbeiter, vor allem in den Schwarzwaldlagen um Waldshut (28). Die Uhrenindustrie litt unter

jeder Konjunkturschwankung, da bei einer Jahresproduktion von etwa einer halben Million ein gesicherter Absatz erforderlich war (4).

H. „Da die Zähmheit nichts gebracht hat, ist es an der Zeit, dass man es mit der Wildheit probiert“ (Karl Mathy)

Den Einfluss des 1831 erlassenen Bürgerrechtgesetzes auf die politische Mitbestimmung der Waldshuter Bürger hat A. Ch. Weiss ausführlich erörtert (26). Die Selbstbestimmung, die den Gemeinden in diesem Gesetz gewährt wurde, ließ sich in den Folgejahren trotz aller Bemühungen des Bundestages um eine verschärfte Zensur, um die Einschränkung der Vereins- und Versammlungsfreiheit und um das Verbot politischer Reden nicht mehr einfangen. Demokratisch sollten Bürgermeister, Gemeinderat und Ausschüsse gewählt werden. Das Bürgerrecht wurde auf die überwiegende Mehrheit der Männer ausgeweitet, ein großer Teil der formal selbständigen Unterschicht konnte nun politisch mitentscheiden. Ausgenommen vom Bürgerrecht waren Staatsbeamte und Juden. Die Ausweitung des Bürgerrechts hatte Auswirkungen auf Armenversorgung und das Spital in Waldshut. Die Bürger konnten wegen räumlicher Enge nicht mehr untergebracht werden, im Spital sollten nur noch fremde Kranke Platz finden. Kranke Bürger wurden, wie schon dargestellt, in ihren Wohnungen von angestellten Ärzten kostenlos behandelt. Dafür kamen Spitalstiftung und Gemeindekasse auf. Mit der Zunahme der Bürger stieg auch die Zahl der Notleidenden. Armut veranlasste bereits in diesen Jahren Bürger Waldshuts auszuwandern. Bei J. Ruch ist zu lesen, dass im „Waldshuter Intelligenzblatt“ des Jahres 1834 und 1835 häufig Berichte über Auswanderer zu lesen waren (21). Die Auswanderung in die Vereinigten Staaten ging erst Mitte der fünfziger Jahre zurück als dort die Konjunktur einbrach (28).

Bevölkerungswachstum, Arbeitslosigkeit, Landflucht, Pauperismus, die Weigerung des Adels zu Agrarreformen und Abbau feudaler Privilegien führten zu einer stärkeren Abgrenzung der politischen Gruppierungen. Konservativen Kräften standen Demokraten, Liberale und Sozialisten gegenüber. Die fortwährend restaurativen Eingriffe des Staates in die Verfassung sorgten nicht nur in Waldshut für Unmut. 1842 war Friedrich Hecker in den Mannheimer Gemeinderat und von dort in die Zweite Badische Kammer gewählt worden. Schon früh erkannte er das Missverhältnis zwischen der Gier des großen Kapitals und der in prekären Arbeitsverhältnissen lebenden und hungernden Unterschicht. Um die Einhaltung der Verfassung zu erzwingen, forderte er in der Zweiten Kammer eine Steuerverweigerung, scheiterte aber mit diesem Anliegen (12). Sein Parlamentskollege K. Mathy schürte die Unruhe weiter (s. o.). Beide hatten Einfluss auf G. v. Struve, der 1847 zu einem Treffen der Verfassungsfreunde in Offenburg aufrufen sollte. 1843, anlässlich der 25-Jahrfeier der badischen Verfassung, äußerte der liberale Lörracher Arzt E. Kaiser: „Die Verfassung lehrt das badische Volk selbst für sich zu sorgen. In ihr prangt verbrieft jenes unverjähbare Recht, keinen Gesetzen unterworfen zu sein, als zu welchen man mitgewirkt, keine Steuern zu bezahlen, als die man selbst bewilligt. Sie will verantwortliche Mitbürger“ (17). Die Rede von G. Torrent in Waldshut zu diesem Ereignis war nicht gar so provokativ. Die Verfassung war ihm die Grundlage, „durch welche die Nation ihre Stimme für das Gemeinwohl vernehmen lassen kann und muß“. A. Ch. Weiss hat diese Worte und den Ablauf der Feier im Detail dargestellt und die Eigenverantwortlichkeit der Stadt und ihren endgültigen Abschied aus der vorderösterreichischen Zeit betont (26).

1844 begannen erneut witterungsbedingte Krisen in der Landwirtschaft. Kartoffelfäule und Einbruch der Getreideproduktion führten zu Hungersnöten in der Unterschicht. Einfache Handwerker und

Tagelöhner fanden keine Arbeit mehr. Skrupellose Händler versuchten, Getreide aufzukaufen und dort abzusetzen, wo höhere Preise zu erzielen waren. Die Wut richtete sich gegen die tatenlose Obrigkeit und die Reichen. Der wirtschaftliche Aufschwung in Baden, der mit dem Beitritt zum Zollverein, der Rheinbegradigung und dem Eisenbahnbau begonnen hatte, stagnierte. Durch den Zusammenbruch mehrerer Banken kamen wirtschaftliche Unternehmen, die von diesen Banken finanziert worden waren, in Existenznot. Der badischen Regierung fehlten ursprünglich die Mittel, die Finanzierung zu übernehmen. Nun wurde sie aber gezwungen ein Rettungsprogramm aufzulegen, war es doch zu einem Anstieg der Zinsen, der Kündigung von Krediten und Streiks gekommen (4). Die Agrarkrise und die Turbulenzen in Wirtschaft und Finanzwelt legten offen, dass staatliche Repression allein ein funktionstüchtiges Gesellschaftssystem nicht gewährleisten konnte.

Baden sollte eine Vorreiterrolle in der sich ankündigenden Revolution zukommen, Südbaden fiel die Rolle einer Zündschnur zu. Dort hatte sich eine kommunale Partizipation etabliert, nun nicht mehr rückwärts gewandt in reichständische Verhältnisse, sondern mit einem selbstbewussten Bürgertum, das einen Freiheitsdrang und einen Willen zur deutschen Einheit entwickelt hatte. Die Grenzlage zur Schweiz und zu Frankreich waren hier erkennbar wirksam. Der Sieg der liberalen und radikalen über die konservativen Kantone im Sonderbundskrieg 1847 führte im Jahr darauf zu einer Bundesverfassung und zu einem demokratischen und föderalistischen Bundesstaat Schweiz (17). „In dem Kampf sehen wir nicht bloß einen Schweizer Krieg, sondern einen Kampf für die Freiheit aller“, war das Echo in Südbaden (17). Was Frankreich betraf, so waren die Leiden unter Napoleon nicht vergessen, aber auch nicht die Ideen der Französischen Revolution. Auf welchem bereiteten Boden diese Einflüsse aus den Nachbarländern fielen, verdeutlichen die Forderungen der Offenburger Versammlung im September 1847. Annähernd tausend Personen waren unter Führung der radikalen Demokraten Struve, Streuber und Hecker zusammengekommen, um dreizehn Forderungen des Volkes in Baden zu verkünden. Auf der Basis der badischen Verfassung von 1818 wurden Presse-, Lehr- und Glaubensfreiheit gefordert. Das Volk sollte bewaffnet und auf die Verfassung verteidigt werden. Deutschland sollte eine Volksvertretung erhalten. Eine gerechte Besteuerung, ein freier Zugang zur Bildung und Geschworenengerichte sollten zur Selbstregierung des Volkes beitragen (10). A. Ch. Weiss schildert in seinem Beitrag zur Waldshuter Geschichte dieser Zeit, wie die Gebrüder Hollinger die Grenznähe nutzten, um die Pressezensur zu umgehen, wie eine Gruppe angesehener Bürger unter der Führung von Hierlinger, v. Kilian und Baur sich gegen polizeiliche Willkür einsetzte, wie die Zunahme der Ortsarmen die sozialen Probleme der Stadt verstärkte und eine regierungskritische gefährliche Stimmung erzeugte (26).

Nach Ausrufung der Republik in Frankreich drang die revolutionäre Bewegung im Februar 1848 schnell nach Baden vor. Nicht nur größere Städte wie Mannheim und Heidelberg wurden erfasst, sondern auch Dörfer und kleinere Städte über das ganze Land. Große Teile des Bürgertums kamen in Volksversammlungen zusammen. Die dort erstellten Petitionen wurden dem Landtag übergeben. Die Forderungen glichen denen der Offenburger Versammlung von 1847 und wurden teilweise von anderen deutschen Staaten übernommen. Diesen „Märzforderungen“ wurde nachgegeben. Sie sollten in Gesetze einfließen (5). Schwierigkeiten taten sich bald auf. Auf dem Land forderten die Bauern eine Abschaffung von Resten des Feudalsystems, wie das Fällen von Bäumen und das Schießen von Wild. Dabei kam es zur Plünderung von Herrensitzen und der Vernichtung von urkundlichen Akten. Auch antijüdische Ausschreitungen gab es an vielen Orten. In Tiengen wurde am 11.03.1848 der Aufstand gegen die Gleichstellung der Juden durch das Militär niedergeschlagen (4). Die Regierung sah sich zu Konzessionen gezwungen, die Feudallasten wurden aufgehoben. Diese Maßnahme brachte für den Großherzog einen Erfolg: die Bauern beruhigten sich und waren an

revolutionären Umtrieben nicht mehr interessiert (5). Das schwächte Heckers Bemühungen um Waldshut herum und in Südbaden Mitstreiter für seinen republikanischen Umsturzversuch zu gewinnen. In Waldshut hatte es bereits Anfang März 1848 eine große Volksversammlung gegeben, zu der mehr als viertausend Teilnehmer aus der Stadt und der Umgebung strömten. Die Waldshuter Teilnehmer blieben mehr ihrer liberalen Haltung treu, Teilnehmer aus Stühlingen und dem Klettgau hatten stärkere republikanische Einstellungen (26). Ende März kam es nochmals zu einer stark besuchten Versammlung vor dem Waldshuter Rathaus, bei der schwarzrotgoldene Fahnen gezeigt wurden und Inschriften „Willkommen teutsche Männer“ zu lesen waren (26). Die Forderung nach einer Republik wurde an höhere Stellen weitergereicht, „Vaterländische Vereine“ sollten gegründet werden. Auch der Forderung nach einer Volksbewaffnung kam Waldshut nach. Für die Bürgerwehr wurden rund 230 Männer im Alter von zwanzig bis fünfzig Jahren rekrutiert. Die Waffen hierfür kamen aus dem Aargau (26).

Als Hecker und Struve Anfang April 1848 im Frankfurter Vorparlament mit ihren republikanischen Absichten scheiterten, strebten sie eine bewaffnete Volkserhebung an. Dabei setzten sie auf ihre Anhänger in Südbaden. Mit einer Hundertschaft Freischärler startete Hecker in Konstanz, fand aber nicht ausreichend Unterstützung bei Militär, Bauern und städtischen Bürgern. Für eine gewaltsame Erhebung war die Zeit noch nicht reif. Seine auf annähernd tausend Mann angewachsene Truppe wurde am 20. April 1848 bei Kandern von badischen und hessischen Truppen geschlagen (17). In Waldshut hatte der Gemeinderat die Unterstützung der republikanischen Truppe in das Ermessen der einzelnen Bürger gestellt. 120 Waldshuter Bürger machten sich auf den Unterstützungsweg, erfuhren von der Niederlage und kehrten um. Allerdings hatten sie die Besetzung der Stadt mit Militär aus Württemberg provoziert. Gegen sieben Teilnehmer wurde ein Hochverratsverfahren eingeleitet, Leo Hollinger kam ins Gefängnis nach Bruchsal (26). Hecker und Struve flohen in die Schweiz, von wo sie publizistisch tätig wurden. Von dort wollten sie einen zweiten Aufstandsversuch starten. Hecker scheiterte als Tiengener Kandidat in seinem Bemühen, Mitglied der Nationalversammlung zu werden, da er nicht amnestiert wurde. Im Spätsommer emigrierte er in die Vereinigten Staaten (21). Struve wagte einen zweiten republikanischen Aufstand und rief Ende September 1848 in Lörrach die Deutsche Republik aus. Auch dieser Versuch scheiterte. Oberhand behielten die badischen Truppen.

Folge dieser Unruhen war ein Verbot der demokratischen Vereine und Hochverratsprozesse gegen rund 4000 Personen in Baden. Unter den gemäßigten und konservativen Kräften im Land breitete sich die Angst vor einem Bürgerkrieg aus (5). Man war der Meinung, der Aufstand habe zu früh begonnen, die Willensbildung in der badischen Bevölkerung habe gerade erst eingesetzt. Außerdem war der Aufstand mit den Wahlen zur Nationalversammlung zusammengefallen. Sie sollte Deutschland neu ordnen und die von ihr lange vernachlässigte soziale Frage angehen. Die Liberalen erhielten dort aber nur 6 der 20 Sitze, die dem Großherzogtum zustanden. In Karlsruhe hatten sie dagegen die Mehrheit in der Zweiten Kammer. Die Liberalen waren geschwächt, die außerparlamentarische Opposition in Baden aber zusätzlich motiviert (5).

I. „Und wer nicht schläft in stiller Ruh, dem drückt der Preuß die Augen zu“ (5).

Die Vorgänge in Baden unterschieden sich von denen in den anderen Staaten des Deutschen Bundes, vor allem aber von denen in Preußen und Österreich. Dort sollten die absolutistischen Herrschaftsformen beseitigt und eine konstitutionelle Ordnung geschaffen werden. Baden hatte

bereits seit 1818 eine konstitutionelle Verfassung. Hier sollte mit Waffengewalt eine republikanische Ordnung entstehen (5). In Waldshut hatte diese Bewegung eine Reihe von einflussreichen Unterstützern, die Mehrheit der Bevölkerung strebte aber einen friedlichen Umschwung an (26). Ausdruck fand diese Grundströmung in der Gründung von zahlreichen politisch aktiven Vereinen. Im „Vaterländischen Verein“ fanden gemäßigt Liberale und republikanisch Orientierte eine Möglichkeit sich intensiv auszutauschen. Ende 1848 hatte die Nationalversammlung einen Grundrechtskatalog verabschiedet, der die Freiheit der Person, Toleranz gegenüber geistiger und religiöser Einstellung, gewählte Volksvertretungen und die Ministerverantwortlichkeit ihr gegenüber garantieren sollte. Anfang 1849 wurde daraufhin in Waldshut ein „Volksverein“ gegründet, dem Xaver v. Kilian vorstand. Der Verein strebte Volkssouveränität an und wurde dabei von mehreren kleineren Vereinen unterstützt. Ähnlich der Stimmung in der Reformationszeit gründeten Waldshuter Frauen einen „Demokratischen Frauenverein“, der mit aktiver praktischer Hilfe die männlichen Vereine unterstützen wollte (26). Baden sah sich genötigt, die von der Nationalversammlung beschlossenen Grundrechte in Kraft zu setzen. Sie sicherten Presse- und Vereinsfreiheit und sahen die Aufhebung der Standesvorrechte vor, was eine Auflösung der Ersten Kammer in Karlsruhe bewirken sollte (5). Gestärkte republikanische Kräfte forderten Neuwahlen. Im März 1849 schlug die Nationalversammlung in Frankfurt einen Kompromiss zwischen demokratischer und monarchischer Herrschaft vor. Friedrich Wilhelm IV. von Preußen lehnte diesen Kompromiss und die Kaiserkrone von Volkes Gnaden ab (5). Eine revolutionäre Stimmung führte zu Aufständen in vielen Bundesstaaten. In Baden kam es im Mai und Juni 1849 zu einem gewaltsamen Aufstand, der im Gegensatz zu den früheren Aufständen vom Militär getragen wurde. Dabei ging es weniger um die autoritären Ansprüche des Herrscherhauses, sondern um die Konflikte, die sich bei der Umsetzung der bereits anerkannten Grundrechte und der Kammerwahl aufgetan hatten. Die demokratischen Volksvereine spielten bei den Unruhen eine tragende Rolle. Den Forderungen nach militärischer Unterstützung für die Revolutionäre in anderen Bundesstaaten, nach Gefangenenbefreiung, Aufhebung der Grundlasten, nach freier Verwaltung der Gemeinden, nach einer progressive Einkommenssteuer und einem Sozialfonds für Arbeitsunfähige konnte der Großherzog nicht zustimmen (5). Als die Unruhen eskalierten, musste er Mitte Mai 1849 ins Elsass fliehen. Die Verhandlungen über eine republikanische Ordnung in Baden liefen noch, da kam es zum Eingreifen Preußens und zur blutigen Niederschlagung der Revolution in der Schlacht von Waghäusel am 21. Juni 1849.

Die weitgehend von den Volksvereinen getragene Umwandlung Badens in eine Republik zeigte auch in Waldshut ihre Auswirkungen. F. Herzog, einflussreiches Mitglied im Volksverein, wurde Zivilkommissär des Amtsbezirks, C. Stützle, Kandidat des Volksvereins, neuer Bürgermeister (26). Anfang Juni 1849, als mittels allgemeinem, gleichem, direktem und geheimem Männerwahlrecht Abgeordnete für ein neues, verfassungsgebendes Parlament in Karlsruhe gewählt werden sollten, kandidierte K. Hollinger. Er war in Waldshut geboren und vom Spitalfonds in seiner Druckerausbildung finanziell unterstützt worden. Profiliert hatte er sich als Vorkämpfer für die demokratischen Volksvereine am Hochrhein. Er unterlag aber dem gemäßigten Waldshuter Anwalt G. Torrent. Um der Pressezensur zu entgehen hatte Hollinger mit seinem Bruder bereits 1841 von der Schweiz aus regierungskritische und radikaldemokratische Schriften veröffentlicht (27). Dabei hatte er der katholischen Geistlichkeit eine freiheitsfeindliche Einstellung vorgehalten. Nach dem Sieg der preußischen Truppen musste er erneut in die Schweiz fliehen. Anfang Juli 1849 hatten diese Waldshut besetzt. Da sehr viele Bürger der Stadt die republikanische Bewegung unterstützt hatten, mussten sie nun polizeiliche Verfolgung erfahren. Meinungs- und Bewegungsfreiheit wurden

eingeschränkt sowie extrem belastende Einquartierungen auferlegt. Das „Intelligenz-Blatt“, ein erweitertes Gemeindeblatt mit politischen Mitteilungen aus der Grenzregion und Vorläufer des „Alb-Boten“, hatte sich hinter die demokratische Bewegung gestellt und K. Hollinger ein bevorzugtes Veröffentlichungsfeld geboten. Die Redaktion wurde 1850 auf Druck der Regierung geschlossen (20). In Waldshut hatte die Not wieder Einzug gehalten. Viele Bürger hatten nicht ausreichend Nahrung für sich und die Soldaten. Die auferlegten Strafen bewogen zahlreiche Bürger auszuwandern. Auch K. Hollinger teilte dieses Schicksal (27).

In Baden wurden im Oktober 1849 27 Todesurteile vollstreckt. Bürgermeister, Gemeinderäte, Lehrer und Pfarrer wurden abgesetzt. Kosten, die durch die Revolution und die Besetzung entstanden waren, mussten von den Kommunen ausgeglichen werden. Durch diese Belastungen waren zehntausende Badener zur Auswanderung gezwungen (17). Gescheitert war die Revolution in Baden, an der sich die Bevölkerung massenhaft beteiligt hatte, letztlich an der fehlenden Unterstützung durch die anderen deutschen Bundes- und die ausländischen Nachbarstaaten.

Bevölkerungswachstum, Arbeitslosigkeit und Landflucht hatten Armut zur Folge gehabt und den Nährboden für eine Umbruchstimmung bereitet, Missernten, Teuerung und Hungersnöte die Revolution entscheidend mitbestimmt. In der Hungerkrise von 1846/47 hatte sich die badische Obrigkeit als unfähig erwiesen, die Ernährung der Bevölkerung zu sichern (4). Vom Pauperismus waren etwa 50 Prozent der Bevölkerung betroffen (10). Die soziale Frage spielte damals in der Frankfurter Nationalversammlung nur eine untergeordnete Rolle (14). So verließen 174.000 Personen Baden und die Pfalz (28). Die Heimatgemeinden unterstützten gezielt die Auswanderung, um die Armenkosten zu senken. Die Säkularisation hatte Klöster und religiöse Stiftungen als Unterstützung für die Armen- und Krankenfürsorge wegbrechen lassen. Armenfürsorge wurde nun als Aufgabe guter Staatsführung angesehen (24). Katholische Armenfürsorge bedeutete in diesen Jahren lediglich eine Beteiligung von Priestern und Ordensfrauen an staatlichen oder privaten Wohltätigkeitseinrichtungen (24). An vielen Orten wie in Waldshut hatte der Pfarrer das lokale Stiftungsvermögen zu verwalten. Seine Vorbildfunktion äußerte sich darüber hinaus in der Organisation von Armenkollekten. Aufschwung nahmen Mitte des Jahrhunderts Zusammenschlüsse, aus denen später die katholische Caritas sowie die evangelische Innere Mission hervorgingen. Gründer waren Persönlichkeiten, welche die Unfähigkeit des Staates, seiner Aufgabe in der Armenpflege nachzukommen, erkannt hatten und mitmenschliches Verhalten aus ihrem christlichen Glauben heraus praktizierten. Die Kirche dieser Jahre erschien ihnen zu starr, ihr Bemühen einzufangen (28). Eine katholische Bewegung hatte sich bereits nach Neuordnung der Diözesen 1821 entwickelt. Auf F. J. Buß und seine sozialen Bemühungen, seine Wertschätzung für Landwirtschaft und Handwerk und seine Kritik an den sozialen Missständen der Industrialisierung wurde schon hingewiesen. Nach den Revolutionsjahren bemühte sich die katholische Kirche um mehr Eigenständigkeit. Diesem Bemühen sollte die Einrichtung von Rettungshäusern in der Armenfürsorge dienen (24). Pfarrer Keßler hat diese Absicht aufgenommen und u.a. die Gründung der Rettungsanstalt für gefährdete und verwaarloste Mädchen, der späteren Armenkinderanstalt in Gurtweil, veranlasst (28). Unter den engagierten evangelischen Persönlichkeiten hatten viele eine pietistische Grundhaltung. Ähnlich wie im Katholizismus war ihnen Armut eine normale Schöpfungsangelegenheit, in ihrer konkreten Ausprägung aber eine Herausforderung für die christliche Liebestätigkeit (23). G. Scholl und H. Wichern waren nicht nur im südwestdeutschen Raum sehr erfolgreich. Vereine zur Armen-, Kranken- und Gefangenenbetreuung, Organisationen zur Beratung und Hilfe bei weiblichen Jugendlichen und Arbeitslosigkeit wurden gegründet (28). Auch für Waldshut gibt es zahlreiche Berichte über private Stiftungen, wobei in Not geratene Kinder

besonders häufig bedacht wurden (11). Als in den Notjahren 1846/47 die Stadt allein nicht mehr helfen konnte, wurde eine Armenunterstützungskommission ins Leben gerufen, welche die Bedürftigkeit der Empfänger von Stiftungsgeldern zu überwachen hatte. Unterstützung sollten vordringlich arbeitsfähige Arme erhalten. Wer 1847 die Tiefensteiner Suppenanstalt als Esser in Anspruch nahm, musste eine „mäßige Arbeit“ verrichten (11). Bettelei wurde behördlich bekämpft und Armut galt immer noch als selbstverschuldet.

Mit Beginn der Industrialisierung in Baden zeigten sich Ansätze einer Arbeiterbewegung. Handwerksmeister wollten die Gleichberechtigung der Gesellen auf Handwerkerkongressen nicht anerkennen. Mitte des Jahrhunderts kam es daher zu Zusammenschlüssen von Gesellen in Handwerks- und Fabrikbetrieben mit ungelerten Arbeitern (28). Es bildeten sich kleinere Gruppen von Kommunisten, die sich auf Marx und Engels beriefen. Nur in Stuttgart und Mannheim fanden sie begrenzten Anhang, im Süden Badens blieben sie ohne Bedeutung (28).

J. „Brot ist Freiheit, Freiheit Brot!“ (G. Herwegh).

Großherzog Leopold hatte sich während der Revolution im Exil aufgehalten. Im August 1849 kehrte er an der Seite des Prinzen von Preußen, des späteren Kaiser Wilhelm I., nach Karlsruhe zurück. Das war Ausdruck einer Unterordnung unter den preußischen Einfluss. Liberale Gesinnungen bei Militär, im Staatsdienst, den Schulen, den demokratischen Vereinen und selbst in den Kirchen wurden hart verfolgt (5). In den überfüllten Zuchthäusern und Gefängnissen wurden Kriminelle entlassen, um für politisch Verfolgte Platz zu schaffen. Die Schweiz hatte 10.000 politische Flüchtlinge aus Baden aufgenommen und forderte schon frühzeitig eine Amnestie, die sich aber bis 1862 verzögerte (5). Bis 1852 galt das Kriegsrecht mit Einschränkung der Pressefreiheit, dem Verbot politischer Vereine und der Bürgerwehren. Die Entwicklung zum Reaktionsstaat brach ab, als 1852 Leopold starb und sein Bruder Friedrich die Regentschaft übernahm. Er hatte eine liberale Gesinnung und wollte die konstitutionelle Verfassung in Baden wieder stärken. Dabei ging er sehr behutsam vor und wollte das Spannungsverhältnis mit der katholischen Kirche in den Fragen der Stellenbesetzung, der Vermögensverwaltung und der Priesterausbildung mindern. Die wieder erstarkten Liberalen wehrten sich gegen den Einflusszuwachs der Kirche und drängten auf mehr Mitsprache der Kammern im Landtag. Ab 1860 schwenkte Friedrich auf den liberalen Kurs ein. Minister der Opposition wurden berufen, ein bis dahin nicht gekannter Vorgang. Das neue Kirchengesetz hielt zwar am Staatskirchensystem fest, die Kirche erhielt aber mehr Handlungsspielraum (5). Der Staat behielt seine Kontrollfunktion. 1862 hatten die Liberalen wieder die Mehrheit in der Zweiten Kammer gewonnen und konnten ein Reformprogramm in Angriff nehmen. Die Gewerbefreiheit wurde eingeführt, Schöffen und Geschworene bekamen mehr Einfluss in der Rechtsprechung, 66 Amtsgerichte wurden geschaffen, Zivil- und Strafrecht neu geordnet. Die badische Justizreform war vorbildlich in Deutschland (5). Die kommunale Selbstverwaltung, 1831 eingeleitet und zwischenzeitlich wieder eingeschränkt, wurde gestärkt. Gegen den Willen der katholischen Kirche wurde das Schulwesen von einem kommunalen Gremium, dem Ortsschulrat, beaufsichtigt. Diesem Rat gehörten neben dem bisher dominanten Pfarrer nun Lehrer, der Bürgermeister und von der Gemeinde gewählte Schulräte an. In Waldshut führte diese Neuerung zu einem mehrjährigen „Schulkampf“ (1). Die alte Schule sollte erhalten bleiben, die Religion sei in Gefahr. Der Widerstand der katholischen Kirche gegen die liberale Strömung mündete in dem Versuch, über die Wahlen zum Landtag das Rad der Zeit zurückzudrehen. Ganz vergeblich war das Unterfangen nicht. Ein Teil der

Liberalen orientierte sich radikaler und bildete einen linken Flügel, die Fraktion der Fortschrittspartei. Eine weitere Spaltung der Liberalen wurde 1866 durch den Krieg zwischen Österreich und Preußen verhindert, da die nationale Frage damit in den Vordergrund trat (5).

Der Führung in Baden war bewusst, dass die überstandenen Revolutionsjahre auch soziale Ursachen gehabt hatten. Sie nahm daher eine Reihe von Maßnahmen in Angriff, um die Krise, die eine wichtige Wurzel in der Landwirtschaft gehabt hatte, zu bewältigen. Im Vordergrund stand der Ausbau der Verkehrswege auf Straße, zu Wasser und auf der Schiene. Der Warentransport in bisher schlecht versorgte Regionen sollte beschleunigt werden (4). Waldshut war auf die Einnahmen aus Markt- und Stapelplatz angewiesen und zog Vorteile aus dem Ausbau der Verkehrswege (18). Bessere Verbindungswege zu benachbarten Märkten im Wiesental, in Zurzach, nach St. Blasien und Freiburg gaben dem Handel mit Getreide, Futter, Flachs, Wein und Obst Auftrieb. Von tragender Bedeutung wurde der Ausbau der Eisenbahn. Der Anschluss von Basel nach Waldshut konnte 1856 eröffnet werden. Dieser Ausbau gab der Wirtschaft und Bautätigkeit einen Schub (29). In diesen Zeitraum fallen die Erbauung des Bahnhofs, der Sparkasse, des Kornhauses und des neuen Spitals. Die Einwohnerzahl war auf 1.850 gestiegen. Deren Raumbedarf und der Ausbau der Verkehrswege hatte einen teilweisen Abbau der Stadtmauer und der Stadttore zur Folge. Die Hälfte der Bevölkerung wohnte in der Hauptstraße, rund 15 Personen in einem Gebäude (19). Die 144 Haushaltungen der Hauptstraße lebten auf sehr beengtem Raum, knapp die Hälfte der Familien hatte 1 bis 2 Kinder, rund 15 Prozent 4 oder mehr, eine vergleichbare Zahl keine Kinder. Rund 60 Prozent hatten Arbeit, ein Drittel im Handwerk, knapp ein Viertel in der Landwirtschaft. Gut ein Fünftel war im Dienstleistungssektor, gut ein Zehntel gewerblich tätig (19). Mehr als 10 Prozent gehörten der Unterklasse an, 115 waren Knechte und Mägde. Innerstädtisch ging die Zahl der landwirtschaftlich genutzten Häuser deutlich zurück, die bestellte Ackerfläche nahm in dieser Zeit aber zu. Garten, Obst und Weinbau waren für die Bürger eine willkommene Einnahmequelle. Witwen konnten ihre Existenznöte durch Weinbau und Weinverkauf bessern (18). Diese in der badischen Volkszählung von 1864 erhobenen Zahlen belegen, wie krisenanfällig die soziale Struktur der Waldshuter Bevölkerung war, vor allem noch immer gegenüber Ernteaussfällen.

Zuwanderung und Bevölkerungswachstum erhöhten den sozialen Druck auf die Stadt. Erkennbar wurde das an den Spannungen, die sich mit dem Bau des neuen Spitals zeigten. 1857 fiel die Entscheidung, das 1807 aufgehobene Kapuzinerkloster, zwischenzeitlich Gasthaus zum Rheinhof, umzubauen, was zwei Jahre in Anspruch nahm (25). Das war Aufgabe des Spitalfonds, der ja für die Unterbringung und Versorgung armer, alter und kranker Gemeindeangehöriger im Spital organisatorisch und finanziell zuständig war (11). Gemeindeangehörige im ursprünglichen Sinne war aber nur noch die Minderheit in der Hauptstraße, zwei Drittel waren bei Fertigstellung des neuen Spitals nicht mehr in Waldshut geboren. Auch die aus Baden, Württemberg, der Schweiz oder aus noch fernerer Regionen stammenden Bewohner bedurften im Notfall einer Unterbringung und Versorgung. Der Stiftungsvorstand bestand jedoch darauf, Mittel seines Fonds nur innerhalb des Spitals zu verwenden. Die Gemeinde sollte die Kosten für arme Lehrlinge, Waisen und uneheliche Kinder alleine tragen. Der Gemeinderat sah das mit Blick auf die früheren Zuflüsse aus Sammlungs-, Leprosen- und Hausarmenfonds zum Spitalfonds begründeterweise anders. Immerhin konnte eine vertragliche Vereinbarung mit der Unterstützungskasse für kranke und bedürftige Handwerksgesellen der Stadt umgesetzt werden. Die Gesellen hatten bundesweit Arbeitervereine gegründet und politischen Druck erzeugt, sodass das Großherzogtum auf eine Versorgung drängte. Über einen jährlichen Pflichtbeitrag, für den Innungen, Gewerbevereinigungen und Bürger mit Dienstpersonal aufkamen, konnten Gesellen, Lehrlinge und Dienstboten vier Wochen lang im Spital

versorgt werden. 1864 wurden täglich 40 Personen, 27 Ortsarme und gut 10 Pflegefälle vom völlig unterbesetzten Personal unter hohem bürokratischen Aufwand versorgt (11). Auch der Eisenbahnbau vermehrte den Zustrom zum Spital mit verunglückten Arbeitern. Seit 1862 bestand das Heimatprinzip, das zwischen Bürgern und Einsassen unterschied, nicht mehr. Einsassen waren von den Gemeinden kontrolliert aufgenommen worden, stand ihnen doch freie Berufswahl und im Falle der Verarmung Unterstützung zu. Nun aber konnte durch die Gewerbefreiheit jeder Staatsangehörige sich überall dauerhaft niederlassen (24). Pflegerische Verantwortung im Spital trugen drei Vinzenterinnen. Der Orden war erst 1846 nach Baden gekommen, bildete eine Niederlassung in Freiburg, war aber eng an den Bischof von Straßburg gebunden. Ambulante Pflege war den Schwestern nur in Ausnahmefällen erlaubt. Die ärztliche Verantwortung im Spital lag beim Amtsarzt. Gegen die fortdauernde Weigerung des Stiftungsvorstandes, außerhalb des Spitals weitere Armenhilfe zu leisten, legte die Stadt beim Innenministerium Protest ein. 1868 setzte daher das Ministerium den Gemeinderat als Verwaltungsrat des Spitalfonds ein. Vorsitz hatte von nun an der Bürgermeister. Bürgerliche Arme und Arbeitsunfähige erhielten Anspruch auf kostenlose Unterbringung im Spital (11). Wahrgenommen wurde dieses Privileg selten. Das Spital hatte seit seiner Neugründung zu wenig beigetragen, den Ruf des Armenhauses abzulegen. Außerdem fürchtete der Betroffene Diskriminierung. Die Unterscheidung zwischen würdigen und unwürdigen Armen bestand in dieser Zeit noch fort. Als würdig galten unverschuldete Arbeitslose, vorwiegend Waisen, Witwen, Alte, Kranke und Behinderte (11). Allerdings hatte eine Verweigerung des Spitalaufenthaltes eine Streichung der städtischen Hilfe zur Folge.

K. „Die sogenannte Arbeiterfrage ist in ihrem Wesen Arbeiterernährungsfrage“ (v. Ketteler).

In den Jahren des Pauperismus haben sich die Ziele und Begriffe in der Armenfürsorge geändert. Maßgeblich dafür waren drei Persönlichkeiten, die bis in die heutigen Tage fortwirken: Johann Heinrich Wichern, Wilhelm Emmanuel von Ketteler und Karl Marx. Die Industrialisierung mit ihrer Hinwendung zur maschinellen Produktion, der dadurch bewirkte Rückgang der Manufaktur und der Heimarbeit, Bevölkerungswachstum, Zuzug in die Städte und Missernten hatten prekäre Löhne und einen Existenzdruck auf die Gesamtfamilie zur Folge. Der gesellschaftliche Zwiespalt zwischen bürgerlichem, gewinnorientiertem Unternehmer und dem unterbezahlten Lohnarbeiter, dem verarmenden Proletarier, vertiefte sich schnell. Für K. Marx war arm, wer keine ausreichend eigene Mittel zur Bestreitung seines Lebensunterhaltes hatte. Ähnlich dem Armen im Mittelalter war der Lohnarbeiter von einem fremden Willen und fremden Interessen gesteuert (16). Dieses Problem wurde auch von dem Protestanten Wichern und dem Katholiken v. Ketteler anerkannt. Während aber Marx die sozialen Prinzipien des Christentums als gescheitert ansah, brachten Wichern und v. Ketteler die Massenarmut mit der Dechristianisierung des Zeitalters in Verbindung (9, 14). Nicht Transferleistungen, sondern eine Rechristianisierung sollte die Spaltung der Gesellschaft beheben, das war die Ansicht von Wichern. Die Sozialarbeit der christlichen Gemeinde sollte nicht nur auf die Armen, sondern auf alle Notstände der Gesellschaft ausgerichtet sein. Für die Armen schlug er verschiedene Modelle des Genossenschaftswesens vor. Die Diakonie, den Armen zugewandte Liebespflege, sollte in der gesellschaftlichen Arbeit an Armen und Nichtarmen, der Inneren Mission, aufgehen. Barmherzigkeit war für Wichern nicht mehr nur Wohltat am Einzelnen oder die Gabe eines Almosens, sondern sie hat eine Perspektive auf die christliche Reform von Kirche und Gesellschaft. Sie ist Summe der christlichen Lebensart. Sozialismus und Kommunismus strebten in den Augen Wicherns die Auflösung der von Gott gestifteten Ordnung an und waren daher Sünde (14).

Auch Bischof v. Ketteler sah für die Lösung des Pauperismusproblems eine Unterstützung durch Kirche und eine christlich orientierte Gesellschaft als Voraussetzung. Das war ihm mehr als Ritual und Dogma. Die Säkularisation der Klöster hatte den Armen ihre Zufluchtsorte genommen, der Liberalismus zur Menschenverachtung beigetragen. In der Arbeit eine Ware, im arbeitenden Menschen eine Maschine zu sehen, hatte eine Zerstörung der Familie, die Grundlage der gesellschaftlichen Ordnung, zur Folge. Die Arbeiterfrage war für ihn eine Arbeiterernährungsfrage. Verlor der Mann seine Arbeit oder reichte sein Lohn nicht, mussten Frau und Kinder für das Einkommen sorgen. Die Sicherung der Familie, die Förderung von Produktivgesellschaften, Bildung auf eine katholische Sozialethik hin und karitative Anstalten lagen ihm am Herzen. Der Sozialismus trat zwar für Solidarität und Gerechtigkeit ein, es fehlte ihm aber das gottbezogene Menschenbild. Aufgabe der kirchlichen Caritas war es, die Würde des Arbeiters, den Schutz seiner Ehe und Familie zu verteidigen. Der Arbeiter sollte am Gewinn der industriellen Produktion beteiligt werden, Eigentum war ihm sozialpflichtig. Ziel musste es sein, die hasserfüllte Kluft zwischen Armen und Reichen zu beseitigen (9).

K. Marx hatte nicht das Ziel, ein „neues Jerusalem“ zu verwirklichen. Das Übel des Pauperismus einer fehlenden Religiosität zuzuordnen war für ihn falsch. Es galt, die destruktiven Produktionsverhältnisse zu beseitigen (16). Pauperismus war die sichtbare Armutsbevölkerung und das Invalidenhaus der aktiven Arbeiterarmee. Je größer sie war, umso größer war die Zahl der Armen und umso erfolgreicher das Kapital. Der sogenannte freie Arbeiter war ein potenzieller, unsichtbarer Armer. Entmachtung der Kapitalisten und die Aufhebung des Privateigentums waren für Marx das Ziel. Ein bewusster Gemein Sinn in der Gesellschaft war für ihn nur durch Beseitigung der Rechtsform von Geld und existierender Staatsform vorstellbar. Nur so sei eine genossenschaftliche, auf Gemeingut an den Produktionsmitteln gründende Gesellschaft realisierbar.

In Südbaden war die katholische Kirche trotz Staatskirchentum bis um 1850 in der Armenfürsorge ohne Konkurrenz. Nach Aufhebung der Klöster war der Pfarrer für das öffentliche Armenwesen zuständig. Priester und Kirchenbild bestimmten den Umgang mit den Armen. Die Kirche fühlte sich dabei dem staatlichen Auftrag durchaus verpflichtet. Auch die Armen sollten zu guten Bürgern und Christen erzogen werden. In diesem Sinne stärkte sie zivilgesellschaftliche Strukturen, wie Wohltätigkeits- und Rettungsvereine (24). Mit Aufkommen des Gemeindeliberalismus traten erste Konflikte über die Rolle der Armenstiftungen zwischen kommunalen und katholischen Entscheidungsträgern auf. Die Konflikte zwischen Spitalfonds und Gemeinderat in Waldshut waren daher keine Ausnahme. Interkonfessionelle Differenzen waren dagegen Rarität. In Waldshut war erst 1858 eine eigenständige evangelische Gemeinde gegründet worden. Gegen einen geringen Pachtzins kam sie in der Heilig-Geist-Kapelle unter und restaurierte sie für gut tausend Gulden (13). Dem Mainzer Bischof v. Ketteler gemäß war man auch in Waldshut der Meinung, dass Armenpflege nur nachhaltig sein könne, wenn sie von religiösen Grundsätzen geleitet sei. Die südbadischen Grundsätze der Armenversorgung galten bis nach dem Krieg von 1866 zwischen Österreich und Preußen fort.

Waldshut wurde von diesem Krieg verschont, schlug sich mit Baden auf die Seite Österreichs und sah als ehemals vorderösterreichische Stadt den Sieg Preußens mit Bedauern. Die preußischen Frevel nach der Revolution waren in der Stadt noch zu lebendig.

Quellennachweis:

1. Behnke, G.: Die Entwicklung des Schulwesens in Waldshut. In: Geschichte der Stadt Waldshut. Bd. 2. J. Fink Verlag 1999.
2. Berberich, H.: Hardheim, Bausteine seiner Geschichte. <http://www.hardheim.info/de>.
3. Brockhaus 1846. In: Fischer, W.: Armut in der Geschichte. Vandenhoeck und Ruprecht 1998.
4. Brüning, R. , Exner, P.: Wege aus der Armut. Baden in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts. Landesarchiv Baden Württemberg 2007.
5. Engehausen, F.: Kleine Geschichte des Großherzogtums Baden 1806-1918. G. Braun 2005.
6. Fehrenbach, E.: Das Scheitern der Adelsrestauration in Baden. In: Schriften des Historischen Kollegs. R. Oldenbourg Verlag 1984.
7. Fies, A.: Die badische Auswanderung im 19. Jahrhundert nach Nordamerika. KIT Scientific Publishing 2010.
8. Gall, L.: Bürgertum, liberale Bewegung und Nation. R. Oldenbourg Verlag München 1996.
9. Granieczny, A.: Die Arbeiterfrage und das Christentum. In: Roth, J.: Sozialdemokratie in Rheinland-Pfalz, 2013.
10. Hardtwig, W., Hinze, H.: Vom Deutschen Bund zum Kaiserreich 1815-1871. Reclam 2013.
11. Haug, E.: Die Armenfürsorge in Waldshut. In: Geschichte der Stadt Waldshut. Bd. 2. J. Fink Verlag 1999.
12. Höfert, M.: Freiburger Geschichte in Zitaten. 2013.
13. Isele, J.: Das Hl. Geist-Spital zu Waldshut. 1411/1422. H. Zimmermann KG Waldshut.
14. Kuhn, Th. K. , Schäfer, G. K.: Zwischen Barmherzigkeit und Gerechtigkeit. Fachhochschule Rheinland-Westfalen-Lippe, 2009.
15. Lutz, R.: Armut im historischen Prozess sozialen Wandels. 2012.
16. Marx, K.: Über das religiöse Gefühl, den Pauperismus, das Verhältnis der deutschen Gesellschaft zum Sozialstaat und die christliche Staatskunst. Zeitschrift für kritische Theorie der Gesellschaft, 2006.
17. Merk, J.: Baden in der Revolution von 1848/49. Library. fes. de 1998.
18. Miltenberger, M. V.: „Markt und Stapelplatz“. Ein Weg zu einer neuen Wirtschaftsordnung. In: Geschichte der Stadt Waldshut. Bd. 2, J. Fink Verlag 1999.
19. Oeschger, B.: Skizzen der städtischen Alltagsgeschichte um die Mitte des 19. Jahrhunderts. In: Geschichte der Stadt Waldshut. Bd. 2. J. Fink Verlag 1999.
20. Pohl, A.: Das „Intelligenz-Blatt“ Alltag und Öffentlichkeit in Waldshut in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts. In: Geschichte der Stadt Waldshut. Bd. 2. J. Fink Verlag 1999.
21. Ruch, J.: Geschichte der Stadt Waldshut. H. Zimmermann KG 1966.
22. Schieder, Th.: Vom Deutschen Bund zum Deutschen Reich. dtv wissenschaft 1985.
23. Schneider, B.: Armut und Armenfürsorge in der Geschichte des Christentums. In: Armut. Primus Verlag 2011.
24. Schröder, Ch.: Armenfürsorge und katholische Identität. LIT Verlag 2014.
25. Wasmer, E.: Zur Geschichte des Spitals zum Heiligen Geist in Waldshut. PW Preßverein Waldshut 1928.
26. Weiss, A. Ch.: „Die ernste Zeit gebietet uns ein ernstes Wort an euch zu sprechen.“ In: Geschichte der Stadt Waldshut. Bd. 2, J. Fink Verlag 1999.
27. Weiss, A. Ch.: „Ein guter Vertreter der gedrückten Klasse“ „Ein Hauptwähler im Bezirk Waldshut“ Konrad Hollinger. In: Geschichte der Stadt Waldshut. Bd. 2, J. Fink Verlag 1999.
28. Weller, A.: Sozialgeschichte Südwestdeutschlands. K. Theiss Verlag 1979.
29. Wörner, H. J.: Zur Baugeschichte Waldshuts im 19. Jahrhundert. In: Geschichte der Stadt Waldshut. Bd. 2. J. Fink Verlag 1999.